

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Weltbegebenheiten

Weltbegebenheiten

Noch fest stand der Kalendermann einem solchen Kreuz und Quer, einem solchen Durcheinander gegenüber, wie diesmal, da er die innen- und außenpolitischen Verhältnisse unseres Vaterlandes betrachtet.

Löst doch eine Intrige und Schwierigkeit die andere ab, die von den inneren und äußeren Gegnern Deutschlands bereitet werden.

Dazu kommt eine große Anzahl schwerer Naturkatastrophen und anderer Unglücksfälle, so daß er fast allen Mut sinken lassen möchte, wenn er nicht die Ueberzeugung hätte, daß die Geschicke und Belange des Deutschen Reiches um einen sicheren Pol kreisen: den Reichskanzler Brüning mit der gesamten Reichsregierung und nicht an letzter Stelle den ehrwürdigen Reichspräsidenten von Hindenburg.

Bereits im Juli waren es die Oppositionsparteien, die keinen Mut zur Verantwortung aufbringen konnten, um die Deckungsvorlagen der Reichsregierung zu verabschieden. Dadurch sah sich die Reichsregierung genötigt, endlich von dem Artikel 48 der Verfassung Gebrauch zu machen, da das Parlament sich selbst ausschaltete.

Der Kalendermann ist der Ansicht, daß eigentlich die wenigsten seiner Freunde über diesen vielgeschmähten und doch so segensreichen Artikel im Wille sind. Infolgedessen will er die wenigen aber schwerwiegenden Sätze dieses Artikels wiedergeben:

„Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit der bewaffneten Macht anhalten.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.“

So gelangte am 17. Juli die erste Notverordnung zur Veröffentlichung, und nachdem am folgenden Tage ein sozialistischer Antrag auf Aufhebung der Notverordnung mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen worden war erhob sich der Reichskanzler sofort und verlas das Auflösungsdekret des Reichspräsidenten: Der Reichstag bestand nicht mehr. Als Termin für die Reichstagsneuwahlen wurde der 14. September festgesetzt.

Es lag nun klar auf der Hand, daß die radikale Opposition der Linken und der Rechten alle Hebel in Bewegung setzen würde, um bei dem nun einsetzenden Wahlkampfe gegen das Reichskabinett Sturm zu laufen. Dabei kam es auch noch zu schweren Gegensätzen zwischen der Regierung und der Industrie, als eine Preissenkungsaktion angestrebt wurde, die in erster Linie sich mit der Kündigung des Handelsvertrages mit Finnland befaßte. Die Landwirtschaft hielt die Butter- und Käsezölle dieses Vertrages für viel zu niedrig und daher schädlich. Auch der Reichswirtschaftsrat bejahte durchaus die Notwendigkeit einer Senkung der Preise für Lebens- und Genussmittel des täglichen Bedarfs und unterbreitete ganz bestimmte Vorschläge über die Senkung der Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen. In einer außerordentlich geschickten Weise gelang es Ende August, die Beseitigung der genannten Zollverbindungen durchzuführen, ohne daß es hierüber zu einem Bruch mit Finnland gekommen wäre: anstandslos wurde der neue deutsch-finnische Handelsvertrag unterzeichnet.

Inzwischen hatte der Wahlkampf noch nie gekannte Formen angenommen. Ueberfälle, Mord und Totschlag von Seiten der Nationalsozialisten und Kommunisten gefährdeten jegliche Ordnung, sodaß eine Waffennotverordnung in Kraft treten mußte, die dem politischen Rowdytum Einhalt gebieten sollte; denn die ungeheure Zahl der Erwerbslosen, die außerordentliche Beanspruchung der steuerlichen Kräfte des gesamten Volkes bildeten einen guten Nährboden für verheerende politische Demagogie. Daran konnte auch die Beschäftigung von mehr als hunderttausend Arbeitslosen bei der Reichsbahn nicht viel ändern, welche sich bereitwillig in das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung eingliedern ließ. Hinzu kam hier noch die Zerplitterung der bürger-

lichen Kräfte, die all-
sich gegenseitig besch-
Mit einer „Pal-
mannte die demokra-
ber neuen Begehr-
zu ipit für eine
als sie mit dem
einer Reihe von Ju-
sammenstöß. Die
dem Parteiführer



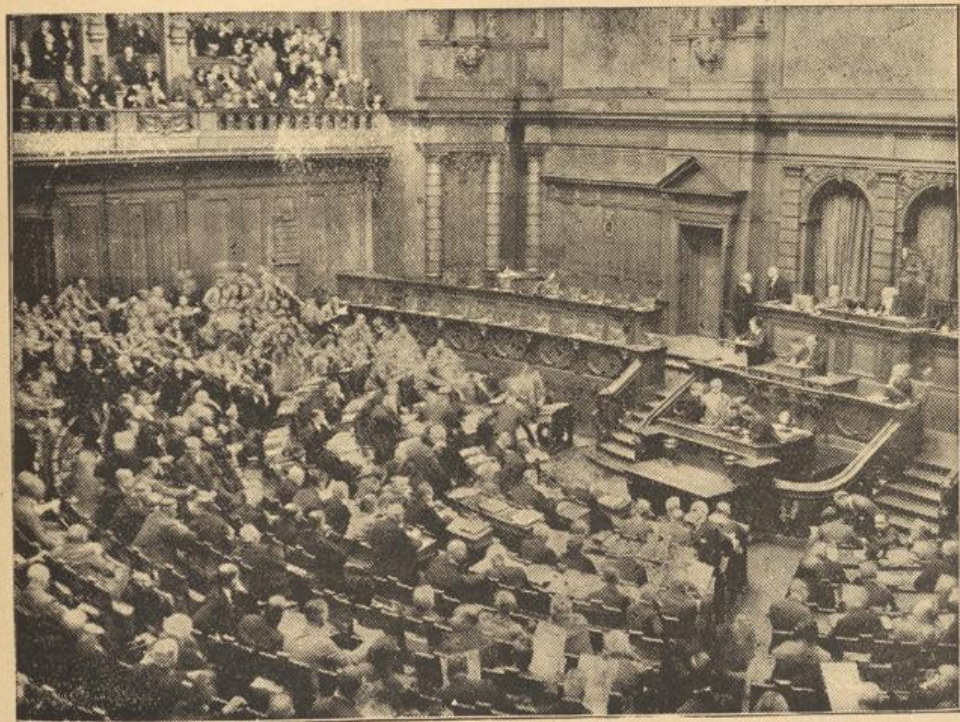
gegen einen Teil
waren, trotzdem sie
voll kam des Rei-
der ihm befeh-
säufigen Samm-
ist einer Verh-
persönlich übero-
Auf der Red-
tritte am laubende
und Letztem-Bo-
gründet und als
Volkepartei im

lichen Kräfte, die allen Mahnungen zum Trotz sich gegenseitig befähdeten und schwächten.

Mit einer „Palastrevolution von Oben“ wartete die demokratische Partei auf, die unter der neuen Bezeichnung „Staatspartei“ wohl zu spät für einen Sammlungsgedanken eintrat, als sie mit dem Jungdeutschen Orden und einer Reihe von Jung-Volksparteilern sich zusammenschloß. Die Deutsche Volkspartei selbst, deren Parteiführer bekanntlich immer wieder

Roch-Weser trat von der Leitung der Staatspartei ebenso zurück, wie für Dr. Scholz M. d. R. Dingeldey an die Spitze der Deutschen Volkspartei trat und bei der Wirtschaftspartei begann es zu kriseln, als M. d. R. Colosser unangenehme Enthüllungen vor die Öffentlichkeit brachte.

Gewaltigen Abbruch tat auch ein Pensionsantrag des ehemaligen volksparteilichen Finanzministers Moldenhauer, der seine eigene



Die erste Sitzung des neuen Reichstages

gegen einen Teil der Reichsregierung opponierten, trotzdem seit Jahren das verantwortungsvolle Amt des Reichsaußenministers durch einen der Ihren besetzt ist, verfiel auch diesem vernünftigen Sammlungsrufe die Stimme, zumal ihr erster Vorsitzender Dr. Scholz sich wohl persönlich übergangen fühlte.

Auf der Rechten erfolgten die Massenaustritte am laufenden Band, nachdem Graf Westarp und Lettow-Vorbeck sich von Hugenberg losgesagt und als neue Partei, die Konservative Volkspartei ins Leben gerufen hatten.

Finanzpolitik der „Sparfamkeit“ dadurch schädigte.

Was Wunder, wenn die Gesamtergebnisse der Reichstagsneuwahl eine ungeheure Zunahme der Nationalsozialisten und der Kommunisten mit sich brachte, die von 12 auf 107 resp. von 54 auf 76 Mandate angewachsen waren! — Alle übrigen ehemaligen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums und des Evangelischen Volksdienstes, hatten eine schwere Einbuße zu verzeichnen. —

Es war klar, daß bei einer derartigen Zu-

sammensetzung des Parlamentes kaum eine ersprießliche Arbeit geleistet werden konnte; denn immer noch galt die Parole der sieges-trunkenen extremen Flügel: „Parteimacht über Volkswohl“. So wurde das Reichskabinett genötigt, das unter dem 17. Juli durch die Notverordnung erlassene Notopfer durch einen allgemeinen Gehaltsabbau zu ersetzen und die Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2 % zu erhöhen. Da die Durchführung dieser Maß-

14 Tage vor Zusammentritt des neuen Reichstages veröffentlicht das Kabinett nach schweren Kämpfen seinen Sanierungsplan, der die Einsparung von einer Milliarde, eine 6%ige Gehaltskürzung, die Fortdauer der Ledigensteuer und des 5%igen Einkommensteuerzuschlages, sowie eine stärkere Belastung des Tabaks ankündigte.

Nunmehr konnte man wirklich gespannt sein auf die erste Reichstaassitzung und deren



Schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und kommunistischen Demonstranten in Berlin

nahmen erst im Etatsjahr 1931 vorgenommen werden konnte, und da die Arbeitslosenversicherung inzwischen einen weiteren Zuschuß des Reiches in Höhe von 200 Millionen erforderte, war das Kabinett genötigt, einen Ueberbrückungskredit in Höhe von 500—600 Millionen Mark aufzunehmen, mit dessen Aufnahme auch der Reichsbankpräsident sich einverstanden erklärte. Auch eine voraussichtliche Erhöhung des 2 1/2 %igen Notopfers der Beamenschaft auf 5 % wurde ebenso ernstlich erwogen, wie weitestgehende Sparmassnahmen u. Abstriche, sowie Reformierung der Krisenfürsorge.

Auswirkung. Tatsächlich mobilisierten die Nationalsozialisten ihre Anhänger, die als äußeres Demonstrationszeichen in Berlin zur Stunde der Reichstagszeröffnung wüste Ausschreitungen und Zerstörungen vornahmen, unterstützt von ihren feindlichen Brüdern, den Kommunisten. Der Radikalismus nahm von der Straße Besitz. Eine überaus zweifelhafte Rolle spielte hierbei der Braunschweigische Innenminister Dr. Franzen, der wider besseres Recht einen seiner sistierten Parteifreunde wissentlich falsch legitiimierte. Auch eine später erfolgte Strafverhandlung gegen den Nazi-Minister, in der er man-

das zweite Kriegspr
einer Besätze nicht
In langer Dauer
auspöndel nicht. Jwa
in vornehmer Sachlich
Wie wieder gemöblit
wird das Parlament
wider „nur“ 13 M
kri werden waren.

Die finanzielle Not
er Länder wurde aus
Einsparung der Beam
Reichsbank gen
einge durch Staatskom
sollten eine Zwangs
von Bier, Getränke
kri werden.

Nach eine vom Reich
et. 48 erlassene weiter
September ercheint d
in ganz notwendiges
Anwaltschaftsreformk.
war sich in 9 Teile,
Ausmaßes, der Steuer
Verrückung, Senkung
verändern, Finanz
Reichsbank, Golddek
Anwaltschaft, Z
Anwaltschaften und C
die der Rechtspflege
Es ist begreiflich,
Rechtsanwaltsminister D
wie hatte, als er d
Verfassung einen neuen
speziell auf die Notla
um 1,5 Milliarden h
hies zurück blieb.

Als eine nicht un
Entscheidung zeigte
am Landorten und
habe der bisher über
sch jetzt nur noch ei
Nach die neue F
wegbaren Heimat des
hiese Sorgen bereit
Rechte der Notverord
licher Opposition
Anwaltschaften in
einer Mehrheit von
der Verfassung am 9.
den Notverordnung
Der Verlauf die
vom 9. Dezember wa
den Nationalsozialist

geis Beweise freigesprochen wurde, konnte ihm schwere Vorwürfe nicht ersparen.

Von langer Dauer war die erste Reichstagsperiode nicht. Zwar wurde der seit Jahren in vornehmer Sachlichkeit amtierende Präsident Löbe wieder gewählt. Aber fünf Tage darauf wurde das Parlament auf 6 Wochen vertagt, nachdem „nur“ 13 Mißtrauensanträge abgelehnt worden waren.

Die finanzielle Notlage des Reiches und der Länder wurde auch nicht durch Gehaltskürzungen der Beamten der Reichsbahn und Reichsbank gemildert. Infolgedessen mußte durch Staatskommissare bei verschiedenen Städten eine Zwangsverwaltung durch- und eine Bier-, Getränke- nebst Bürgersteuer eingeführt werden.

Auch eine vom Reichspräsidenten auf Grund Art. 48 erlassene weitere Notverordnung vom 1. Dezember erscheint dem Kalendermann als ein zwar notwendiges aber sehr unerfreuliches Vorweihnachtsgeschenk. Diese Verordnung gliederte sich in 9 Teile, die der Sicherung des Haushaltes, der Steuervereinfachung und Vereinheitlichung, Senkung von Real- und Verkehrssteuern, Finanzausgleich, Fragen der Reichsbank, Golddiskontbank, Rentenbank, Wohnungswirtschaft, Schutz der Landwirtschaft, Vereinfachungen und Ersparnisse auf dem Gebiete der Rechtspflege galt.

Es ist begreiflich, daß 2 Tage darauf der Reichsfinanzminister Dietrich keine leichte Aufgabe hatte, als er dem zusammengetretenen Reichstag seinen neuen Etat vorlegte, der im Hinblick auf die Notlage des Deutschen Volkes um 1 1/2 Milliarden hinter dem Etat des Vorjahres zurück blieb.

Als eine nicht unwesentliche Steuer-Vereinheitlichung zeigte sich bereits die Erfassung von Landwirten und Gewerbetreibenden. Anstelle der bisher über 4 Millionen Veranlagten wird jetzt nur noch eine Million erfaßt.

Jedoch die neue Tabaksteuer, die vor allem der engeren Heimat des Kalendermannes, Baden, schwere Sorgen bereitete, sowie manch andere Punkte der Notverordnung führten zu erneuter starker Opposition der einsichtslosen Gegen-demonstranten innerhalb des Reichstages. Mit einer Mehrheit von nur 38 Stimmen lehnte der Reichstag am 9. Dezember die Aufhebung der Notverordnung ab.

Der Verlauf dieser denkwürdigen Sitzung vom 9. Dezember warf aber die Vorgespiegelungen der Nationalsozialisten gründlich über den

Hausen, da alle 107 Abgeordnete sich einstimmig gegen eine Kürzung der hohen Pensionen, gegen die steuerliche Sondererfassung des Großkapitals, gegen die Sonderbesteuerung von Börsengewinnen und gegen die Einstellung der Tributzahlung des Young-Planes aussprachen. Alle 107 Vertreter des Nationalsozialismus haben sich damit selbst in das Gesicht geschlagen, da die von ihnen abgelehnten Punkte seiner Zeit Hauptgegenstand ihrer Agitation gewesen waren!

Am 12. Dezember vertagte sich der Reichstag über Weihnachten bis zum 3. Februar, wobei zum ersten Male der Reichstagspräsident Löbe das Parlament entließ ohne die üblichen Glückwünsche für die Feiertage, eine Folge der im Reichstag aufgekommenen, unparlamentarisch scharfen Tonart.

Aber ein erfreuliches Weihnachtsgeschenk wurde einem Teil unserer deutschen Volksgenossen, die seit 1918 unter der Aufsicht französischer Machthaber standen, bereitet. Der sog. Bahnschutz, der im Saargebiet entgegen dem Versailler Vertrag immer noch bestand, verließ am 12. Dezember Saarbrücken und das Saargebiet. Dieser Abzug kann ruhig als eine weitere Etappe der deutschen Befreiungspolitik angesehen werden. Eine weitere schwere Belastung der deutschen Ehre und Souveränität wurde damit liquidiert. —

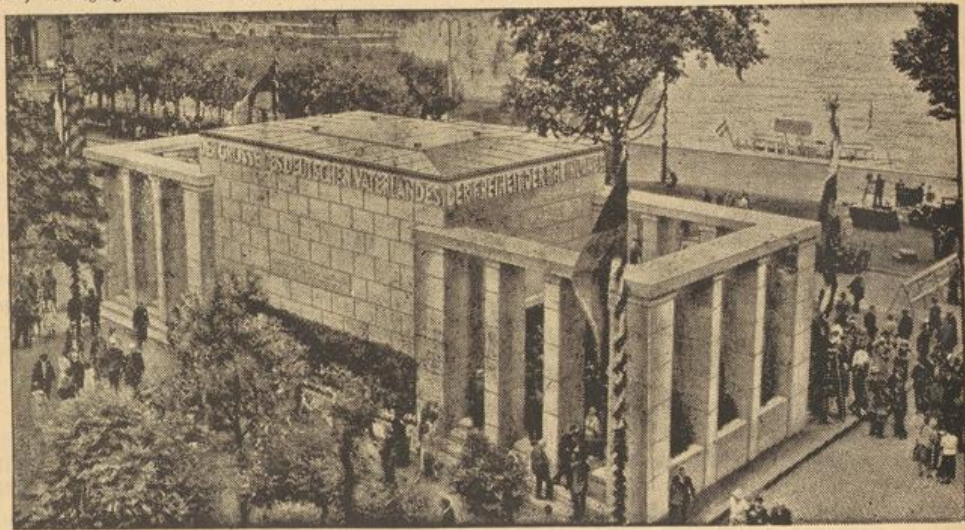
Die parlamentarische Ruhepause benutzte der Reichskanzler, um zu Beginn des neuen Jahres die ebenfalls so schwer leidenden Ostmarken in Begleitung der Minister Treviranus und Hirtzfelder aufzusuchen, um sich persönlich über die dortigen Verhältnisse zu unterrichten. Dabei kam es zu einer ungeheuer frechen Herausforderung von Seiten Polens, da just zu der Stunde, in der der Reichskanzler in Dppeln weilte, polnische Flieger über dieser Stadt demonstrierten. Aber ohne Frage war das Endergebnis dieser Ostmarkenreise ein Regierungsentwurf über das Osthilfegesetz und ein Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung, wobei durch einen Sechsjahres-Plan dem deutschen Osten Mittel in Höhe von einer Milliarde zur Verfügung gestellt werden sollen.

Raum daß zu Beginn des Februar der Reichstag wieder zusammengetreten war, begann ein erneuter Kampf, der an die Nerven des Kanzlers, des Kabinetts und der Parteien die höchste Anforderung stellte, da die Oppositionsparteien in breiter Front schwere Angriffe in Gang brachten mit dem Ziele zum Sturze der

Reichsregierung, zur erneuten Auflösung des Reichstages. Die Attacke wurde zunächst in den Ausschüssen eröffnet, während im Parlament eine auffallende Ruhe vor dem Sturm herrschte. Der fortgesetzte Störungswille führte endlich zur Bildung einer breiten Ordnungsfrent bei all denjenigen Parteien, denen das Wohl des Gesamtvolkes wirklich am Herzen liegt. Endlich fällt am 10. Februar die Maske: Die „nationale Rechte“ geht Arm in Arm mit den Kommunisten und krönt ihr verantwortungsloses Vorgehen, das nichts anderes als die Lahmlegung des Reichstages beabsichtigt, durch Auszug aus dem Parlament.

stattand und die täglichen Abgaben der Golddeckung durch Devisen-Mußkäufe zunahmen. Infolgedessen sah sich der Reichsfinanzminister wider seinen Willen genötigt, kraft einer weiteren Notverordnung die Beamtengehälter erneut zu kürzen. Leider verstand sich das Kabinett nicht dazu, endlich einmal von oben herunter durchgreifend abzubauen und bei den Groß-Pensionären energische Kürzungen durchzuführen.

Nur langsam kehrte das Gleichgewicht mit dem Vertrauen wieder, bis plötzlich der Zusammenbruch der Danat-Bank die Reichsregierung erneut vor ungeheurer schwieriger Auf-



Das Strefemann-Chrenmal am Rhein

Das jetzt von den Kommunisten eingebrachte Mißtrauensvotum gegen die Außenpolitik Dr. Curtius wird mit 255 gegen 87 Stimmen abgelehnt. Damit ist endlich die Basis geschaffen, auf der der Reichstag eine ersprießliche Arbeit zu leisten vermag.

Aber immer wieder verschlimmert sich die finanzielle Lage des Reiches. Zunächst hatte der starke Zug zu extremen Oppositionen bei den Wahlen vom 14. September das Vertrauen des Auslandes und noch viel mehr das Zutrauen der deutschen Wählerschaft selbst zur Entwicklung der innenpolitischen Verhältnisse abgenommen. Namentlich die Reichsbank erhielt Schlag auf Schlag, da eine ungeheure Kapitalsflucht nach dem Auslande

gaben stellte. Zwar übernahm das Reich die volle Bürgschaft den Kunden der Danat-Bank gegenüber. Die Unvernunft des nunmehr beunruhigten Publikums führte zu einem allgemeinen Sturm auf die übrigen Banken und Sparkassen, so daß wiederum auf Grund von Notverordnungen der Börsen- und Devisenverkehr geregelt und schwere Strafen für Kapitalsflucht selbst angedroht werden mußten.

In jenen Stunden mußte selbst die schärfste Gegnerschaft des Kanzlers zugeben, daß in Brüning ein Mann mit Rückgrat am Ruder des Staatschiffes steht. Selbst Oldenburg-Januschau gibt in der „Kreuz-Zeitung“ eine Erklärung ab: „Ich habe in dem Gespräch über den Reichskanzler gesagt: Nach Bismarck

der Beste. Ohne seine Hilfe würde der Minister Schiele doch das nicht erreicht haben, was er für die Landwirtschaft bisher erreicht hat. Abgesehen von persönlichen Eigenschaften erkenne ich den Willen des Herrn Reichskanzlers an, zu führen und sich nicht vom Reichstag führen zu lassen."

Fürwahr, ein größeres Lob und eine höhere Anerkennung kann Brüning nicht mehr erhalten, von dem der Kalendermann bei den außenpolitischen Begebenheiten noch viel zu berichten haben wird. Ein solcher Mann ist aber notwendig, um die kleingläubigen Geister, die bei der Kunde und Verordnung der rationierten Bankauszahlung und Diskontierung den Kopf gänzlich verlieren wollten, kraft seiner Persönlichkeit selbst auf geordnete Wege zu verweisen. Die nationale Opposition unter der Führung der Hitler und Hugenberg versuchte zwar mit allen zu Gebote stehenden erlaubten und unerlaubten Mitteln das Ansehen des Kanzlers, der Reichsregierung und des deutschen Volkes selbst mit Füßen zu treten. Auch die Wirtschaftspartei glaubt Schwierigkeiten machen zu müssen, indem sie ihren Reichsjustizminister Dr. Bredt zurückberuft. Die Nationalsozialisten gehen noch weiter. Ausgerechnet sie, die angeblichen Pächter des wahren deutschen Gedankens, verweigern den Besuch der Feier der 60sten Wiederkehr des Reichsgründungstages am 18. Januar ds. Js. Ja, was selbst übelster Kommunismus bisher noch nicht tat und gewagt hat, sie machen nicht einmal vor der Person des Reichspräsidenten Halt: In einer Gastwirtschaft in der Mark wurde das Bild des Reichspräsidenten von den Teilnehmern eines Propaganda-Umzuges entwendet, an einen Aststumpf aufgehängt und zerissen, nachdem zunächst die Augen ausgestochen worden waren, und unter dem Rufe: „Das ist der Retter Ostpreußens“ verbrannt.

Obgleich unter der Führung des Hauptmanns Pfeffer eine Revolution im „Dritten Reich“ durch die unzufriedene Söldnerschaft der SA-Abteilungen hervorgerufen wurde, fand sich doch da und dort ein Aemtschenhäscher bereit, in die Reihen der Hitler zu treten. An ihrer Spitze M. d. R. Pfarrer Teutsch, der sich zwar mit den Stimmen des Evangelischen Volksdienstes das Reichstagsmandat erwarb, der aber nicht das Anstandsgefühl besaß, dieses Mandat zurückzugeben und sich als 108. Abgeordneter der zwar Diäten einstreichenden aber keine positive Arbeit leistenden Nationalsozia-

listen weiter führen ließ. Daß aber der Wählerschaft doch langsam die Augen über das Geschäftsgebaren der nationalsozialistischen Führer aufgingen, das beweist der „glorreiche“ Abgang des Ministers Frick aus Thüringen, sowie der fehlgeschlagene Volksentscheid vom 9. August, der die Auflösung des preußischen Landtages mit sich bringen sollte. Ueber 3 Millionen Stimmen fehlten den Opponenten, unter denen sich wieder einmal der Führer der Deutschen Volkspartei, M. d. R. Dingeldey nebst Anhang befand.

Derselbe Abgeordnete Dingeldey, der bei der Einweihung des Stresemann-Denkmal am 4. und 5. Juli so herzliche Worte für den Freund und Politiker und großen Parteiführer gefunden hat, obgleich auch er es gewesen war, der wenige Tage vor Gustav Stresemanns Tod diesem unvergeßlichen Staatsmann innerhalb der eigenen Fraktion in den Rücken fiel.

So sieht es zur Stunde innenpolitisch zwar ruhiger und geklärt wieder aus, obgleich die oben erwähnten beschämenden Uebergriffe und deren Folgen noch nicht ganz vergessen und ausgemerzt sind.

Außenpolitisch hingegen ist dank zielbewußter Linie der Reichsregierung und dank der Unnachgiebigkeit des Reichskanzler eine Entspannung, ja sogar ein überraschender Verständigungswille bei nahezu allen ehemaligen Gegnern eingetreten.

Hervorzuheben ist zunächst einmal der wenn auch nur als Höflichkeitsgeste aufzufassende Besuch eines amerikanischen Geschwaders und einer englischen Flotteneinheit in Kiel.

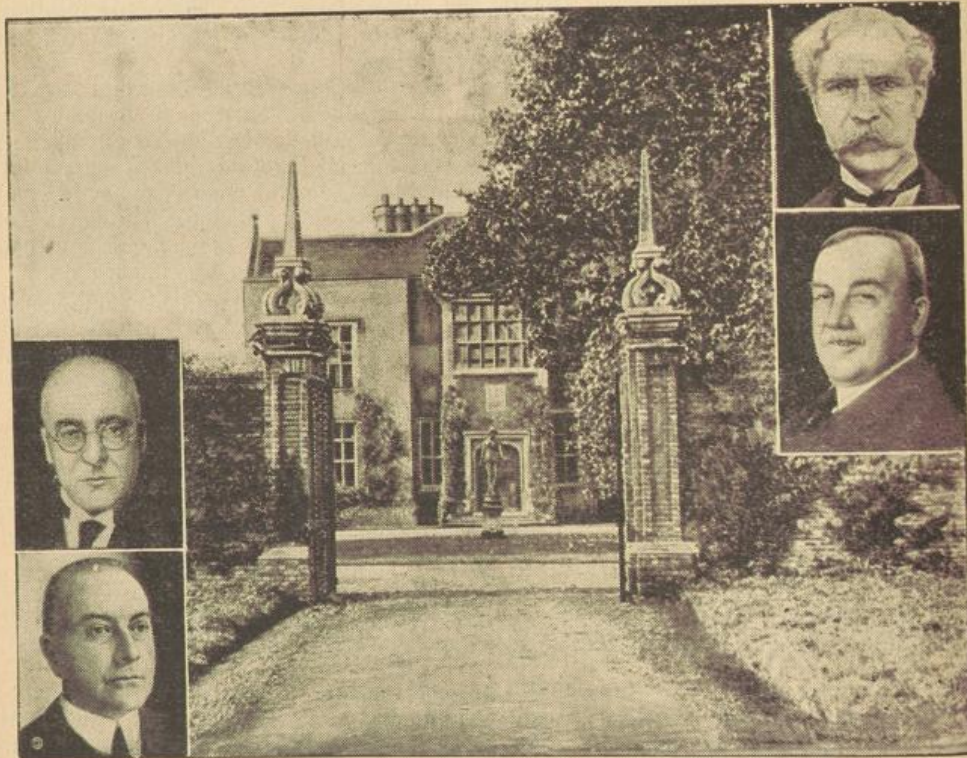
Die Initiative einer aktiven Verständigungspolitik ging aber entschieden von Deutschland selbst aus. Bereits Anfang März wurden Außenminister Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Pünder in Wien herzlich begrüßt. Niemand ahnte damals, daß dieser Besuch den Auftakt zu einer lächerlichen Burleske auf der Bühne des Welttheaters bilden sollte, bis die Deffentlichkeit vor das fertige Zollabkommen mit dem Bruderstaat gestellt worden war. Auf den Brettern dieses Welttheaters vollführte der französische Charletan ein fürchterliches Geschrei und pochte auf die Friedensverträge, während seine gewohnheitsmäßigen Mitspieler Polen und Jugoslawien das Echo seiner grundlosen Anschuldigungen wiedergaben. —

England, der Staat der kühl abwegenden und berechnenden Politik, äußert zwar auch sein Erstaunen. Dann aber erfolgt Anfang April

eine Einladung Henderson an Brüning und Curtius zum Besuch und zur Aussprache nach Chequers, eine Einladung, die in Paris offensichtlich Aerger und Verstimmung hervorrief, der die deutschen Staatsmänner aber erst im Juni Folge leisten konnten. —

Ein Beweis, in welchem entscheidenden Stadium der deutsche außenpolitische Kurs und die Ziel-

England herzlich aufgenommen, von Chequers zurückgekehrt sind, während die ganze Welt die ernste aber freundlich verlaufene Aussprache der englischen und deutschen Staatsmänner verfolgte, da platz wie eine Bombe im Augenblicke höchster deutscher wirtschaftlicher und finanzieller Not das Moratorium des amerikanischen Präsidenten Hoover, der Deutschland



Ansicht des Schlosses Chequers, wo die deutsch-englische Minister-Konferenz stattfand

setzung der deutschen Reichsregierung getreten sind, war fernerhin der Besuch des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond in Berlin. Drummond, der bereits in den anderen Hauptstädten persönliche und diplomatische Verhandlungen geführt hatte, war seit Jahren wieder zum ersten Male nach Deutschland gekommen und ohne Zweifel konnte man der Ansicht sein, daß ihm die in der Weltöffentlichkeit noch nicht behandelten deutschen Sorgen mitgeteilt wurden.

Raum, daß die deutschen Staatsmänner in

und der übrigen Welt eine Atempause durch Einschaltung eines Feiertages zwecks Behebung der Weltwirtschaftskrise bereiten will. An ihm gingen die letzten Worte der Reichsregierung: „Unsere Sorgen und Schwierigkeiten sind verschärft, weil wir neben der Gesamtkrise, in der wir leben, noch die besondere Last tragen, als die Unterlegenen des großen Krieges Zahlungen leisten zu müssen, nicht unbemerkt vorüber.“

Nun zeigte sich im wahrsten Sinn des Wortes, wo der ewige Störenfried Europas und der Welt in Wirklichkeit sitzt. England, Italien,

... als Reparationsgläubiger Hoover, während er sich die verhängnisvolle Besetzung des Ruhrgebietes und verjüngte, der man sich in Anspruch... Lage, bis endlich... war, bis Frankreich... hatte... Reparationszahlungen... werden konnten.
... Brüning verjüngte... eine Ver... in Frankreich, um in Paris... mit den maß... Staats... zu einer... ähnlich... zu kommen... zeitlich die... Delegation... 17. Juli nach... um etlich an... von... liegenden den bei... liegen, ... Wenn... auch die fran... Einladung... herzlich ge... und wenn... die französische... diesen... man doch im... Schw... ehe die deut... des Kanzler... Etappe d... in London an... So sehr auch ber... bestimmte... von Gordon von... die deutsche K... Bindung... über das v... Sowie Han... Verhandlung...

ja alle Reparationsgläubiger begrüßten den Schritt Hoovers, während Frankreich allein abseits stand und sich diesem Plan hartnäckig zu verschließen drohte. Noch mehr: es schien die Vereinigten Staaten lächelnd boykottieren zu wollen und versuchte selbst auf England einen Druck auszuüben, der die englischen Goldreserven stark in Anspruch nahm. Es waren bange Tage, bis endlich das Hoovermoratorium gesichert war, bis Frankreich seinen Hauptwiderstand aufgegeben hatte und die im Juli fälligen Reparationszahlungen für Deutschland auf ein Jahr gestundet werden konnten.

Brüning versuchte zwar sofort eine Verständigung mit Frankreich, um in Paris selbst mit den maßgebenden Staatsmännern zu einer Aussprache, ähnlich wie in Chequers, zusammen zu kommen. Tatsächlich reiste die deutsche Delegation am 17. Juli nach Paris, um ehrlich an der Beseitigung von Mißverständnissen, die zwischen den beiden Staaten liegen, mitzuarbeiten. Wenn aber auch die französische Einladung überaus herzlich gehalten war, und wenn auch die französische Presse geradezu überschwenglich diesen Besuch in Paris aufnahm, so mußte man doch innerhalb der Reichsgrenzen, daß unendliche Schwierigkeiten zu überwinden waren, ehe die deutsche Delegation unter der Führung des Kanzlers u. Reichsaußenministers zur weiteren Etappe der Sachverständigen-Konferenz in London am 20. Juli fahren konnte. So sehr auch der schlaue Fuchs Briand sich bemühte, bestimmte Garantien politischer Natur vor London von Brüning zu erhalten, so fest blieb der deutsche Kanzler, ohne auch nur die geringste Bindung einzugehen, ohne einen Schritt über das vorgenommene Ziel hinaus zu tun! Soviel stand jedenfalls fest: Die Londoner Verhandlungen wären wesentlich schwie-

riger gewesen, wenn der Weg des Reichskanzlers vorher nicht über Paris geführt hätte. Der zunächst sichtbare Erfolg, die Bilanz von London ergab zwar keine Dauerlösung, sondern nur die Vorbereitung einer dauernden Lösung. Immerhin konnte dafür gesorgt werden, daß der 100 Millionen-Dollarkredit, der am 16. August ablaufen sollte, um ein weiteres Vierteljahr verlängert und daß nicht weitere kurzfristige Kredite gekündigt wurden. Im Anschluß an die Londoner Konferenz war in Berlin ein angelsächsisches Treffen, da einmal der ameri-

kaniische Staatssekretär Stimson, das andere mal die englischen Minister MacDonald und Henderson sich zum Gegenbesuch in Berlin einfanden. Gleich zeitig erfolgte eine Einladung Mussolinis an die deutschen Staatsmänner nach Rom, der sie im August Folge leisten konnten.

Dem Kalendermann schienen diese Dinge der Innen- und Außenpolitik des deutschen Reiches von so unendlicher Wichtigkeit, daß er ihnen mehr Platz einräumte und verschiedene Ereignisse, die sonst größere Beachtung gefunden hätten, bei-



Präsident Hoover

nahe überließ.

So erhielt die Reichshauptstadt einen neuen Oberbürgermeister, den früheren Senatspräsidenten von Danzig, Dr. Heinrich Sahn, einen Mann, der zwar ein schweres Erbe antrat, der aber die Persönlichkeit zu sein scheint, die Reichshauptstadt langsam wieder in geordnete Verhältnisse zu bringen.

Auch die engere Heimat des Kalendermannes trug dazu bei, die alltäglichen Sorgen und Lasten zu vermehren. Denn die wirtschaftliche Lage des ehemaligen „Musterländle“ ist zum Teil schlechter geworden als die im übrigen Reich, da es als Grenzland wichtige Absatzgebiete seiner einst blühenden Industrie verloren hat



Attempore des zwecks Behaltenen will. In die Reichsregierung...
 rigkeiten sind in...
 Belamtkarte, in...
 e Last tragen, die...
 Krieges...
 merkt vorüber...
 en Sinn des...
 ried Europas...
 England, Japan

Dies war wohl auch der Grund, weshalb Baden über die Notverordnung des Reiches hinaus an seinem eigenen Etat weitere Abstriche tat und eine besondere Gehaltskürzung der Beamten durchführte.

Sehr volkstümlich und beliebt hat sich damit der neue badische Finanzminister Dr. Mattes nicht gemacht, wenn ihm auch persönlich diese Notverordnung nicht in allen Stücken zuschreiben sein wird. Der Volksparteiler Dr. Mattes wurde nämlich im Juni mit in die Regierung bestimmt, als die Deutsche Volkspartei die bestehende Koalition des Zentrums und der Sozialdemokraten erweiterte. Allerdings erlitt die Volkspartei den Verlust eines ihrer in Baden bedeutendsten Abgeordneten: Oberst a. D. Oberregierungsrat Baur schied aus der Fraktion der Volkspartei infolge der Regierungserweiterung aus. Es ging auch sonst im badischen Landtag recht lebhaft zu, da auch hier die Außenflügel mitunter für eine „Verlebung“ sorgten, wie ja auch der Karlsruher Rathausaal zu einem öffentlichen Tummelplatz wüster Schlägerei geworden war. Während aber am Abend der „Rathauschlacht“ jeder der beteiligten Stadtverordneten oder Stadträte der stärkste Mann gewesen sein wollte, waren dieselben Beteiligten bei der später erfolgten Gerichtsverhandlung immer nur die Bedrohten und Angegriffenen gewesen! —

Eines Mannes muß der Kalendermann noch Erwähnung tun: Adam Kemmle. Mit ihm schied im Juni ds. Js. ein Mann aus der Regierung, der viele Jahre mit unendlichem Fleiß als Minister seinen Ressorts vorgestanden hat, unbeirrt, ob auch viele Unberechtigte, verletzende Angriffe gegen ihn durch die Opposition vorgetragen worden waren.

Sein Nachfolger von parteiwegen wurde Minister Maier, während zum Staatspräsidenten der Innenminister Wittemann gewählt wurde.

Bei der Betrachtung der badischen Landtagsverhältnisse muß aber an dieser Stelle schon eines alten, in jahrzehntelangem politischen Kampfe erprobten Führers gedacht werden, der im Laufe des Jahres kurz nach der Reichstagsneuwahl dahingeshieden ist, eines Mannes, der für seine Partei nahezu unerfesslich gewesen ist: Prälat Dr. Josef Schofer. Man kann ruhig sagen, daß diese Kämpfernatur über die Parteiarbeit hinaus sich in erster Linie für sein Volk und Vaterland eingesetzt hat, vor allem aber dann, als nach dem Kriegsende und der Re-

volution alles drunter und drüber ging. Für ihn galt es als Pflicht: bei aller Loyalität gegen die bisherigen Gewalten mitzumachen auf der neuen Grundlage, um schlimmeres zu verhüten — aber, „mit der alten Fahne in die neue Zeit“. Die Anteilnahme an dem Ableben des verdienten Mannes spiegelte sich am besten in den Kundgebungen der gesamten deutschen Presse wieder, die seiner mit Hochachtung gedachte, auch wenn sie zur politischen Gegnerschaft zählte. Sein Nachfolger im Parteiamt wurde Präsident Dr. Baumgartner. —

Wie sah es aber in diesem Jahre drüben, jenseits des Rheines bei dem Volke aus, das nahezu als einziges, immer und immer wieder von einem unverföhnlichen Geist des Hasses getragen, unserem deutschen Volk, den Platz an der Sonne streitig zu machen versucht, bei Frankreich?

Dort fand in diesem Jahre die Neuwahl des Präsidenten der Republik Frankreich in Versailles statt. Briand und Doumer waren die beiden großen Gegenpieler, von denen letzten Endes der eine oder andere aus dem Stichekampf als Sieger hervorgehen mußte, während der mehr durch seinen Cognac denn durch seine Politik berühmte Abgeordnete Henessy von vornherein keine Ausichten aufweisen konnte, den Präsidentenstuhl zu bestiegen! Nicht ohne Grund waren die Augen der ganzen Welt am 13. Mai auf Frankreich gerichtet. War es doch klar, daß im Falle einer Wahl Doumers der Geist der Unverföhnlichkeit und des Rüstungsgedankens über die gemäßigtere Verständigungspolitik obliegen würde. Noch standen die Ausichten für eine Wahl des Außenministers Briand günstiger. So war wenigstens die allgemeine Ansicht gewesen. Aber der erste Wahlgang erbrachte bereits eine Stimmenmehrheit für Doumer, so daß Briand es auf keinen Stichekampf mehr ankommen ließ und auf die aussichtslose Kandidatur zu Gunsten seines Rivalen verzichtete. Zwar drohte der gekränkte „Friedenscharletan“ Briand mit seinem Ausscheiden aus dem französischen Kabinett. Aber wie so oft, siegte die französische Eitelkeit, und wiederum bezog Briand das Außenministerium am Quai d'Orsay. Alles in allem änderte sich die französische Politik in keiner Weise und der Kalendermann ist der Ansicht, daß sie auch im selben Fahrwasser geblieben wäre, wenn Briand den Präsidentenstuhl bestiegen hätte.

Denn die ungeheuren Rüstungen Frankreichs wurden vor und nach dem 13. Mai in der gleichen Weise durchgeführt. Aber immerhin mutet es geradezu lächerlich an, wenn z. B. der Ministerpräsident Herriot einen Lehrstuhl des Friedens an der Universität Lyon ins Leben ruft zu einer Zeit, da französische Granaten in deutschen Staatsforsten einschlagen, die ihr Ziel auf dem Schießplatz von Bitsch weit verfehlten; zu einer Zeit, da der Marschall Pétain die Fortschritte der gewaltigen Festungsbauten an der badischen und pfälzischen Grenze besichtigt; zu einer Zeit, da des öfteren französische Flugzeugeschwader die deutschen Hoheitsrechte verletzen und über Kehl, über Borkum und Norderne kreisfen.

Aber nicht genug: In Königsberg beteiligt sich der französische Konsul nebst dem französischen Botschaftsattachée an frecher Spionage. In den Leunawerken wird französische Werkspionage aufgedeckt. In Schweinfurth landen französische Flieger infolge Motordefektes, die sich „angeblich“ verflogen haben wollen. In einer zynisch offenen Weise erklärt der Professor der Chemie Claude: „Frankreich muß die schrecklichsten chemischen Waffen besitzen“.

Noch deutlicher aber zeigten die französischen Herbstmanöver im September den Rüstungswillen Frankreichs, das 100 000 Mann — die Zahl und Stärke des Deutschland lt. Versailles-Vertrag zustehenden Gesamtheeres — an seiner Ostgrenze zusammenzieht, während es seine Hochgebirgsmannöver an der südöstlichen Alpenfront durchführte: ein Warnruf an Italien, dem es hiermit öffentliches Mißtrauen zum Ausdruck bringt! —

Trotzdem hat man in Paris den Mut, besser gesagt, die Dreistigkeit, von der Friedensliebe und dem Abrüstungsgedanken zu sprechen, indem der Marinefachverständige sogar so weit geht, den Panzerkreuzer A für Frankreich anzufordern, damit endlich das böse Deutschland seinen wirklichen Verständigungswillen bekunde. Selbst der Giertänzer Briand stellt sich schützend hinter seinen Kriegsminister Maginot und unterstützt ihn mit der Behauptung, daß Deutschland noch mehr ins Auge zu fassen sei!

Inzwischen hat sich im Süden der französischen Republik über einem Staate, der die Lasten des Weltkrieges nicht verspüren mußte, im Königreich Spanien, ein drohendes Gewitter zusammengezogen. Schon in den vergangenen Jahren war es da und dort zu kleineren Militärrevolten gekommen. Ende August führte

aber eine Finanzkrise zu einem Wechsel des Finanzministers. Das heiße Blut des sonnigen Südens bringt bald darauf einen Generalkstreik in Madrid. In Barcelona spitzt sich die Lage durch unzufriedene Elemente weiter zu. Es kommt zu offener Auslehnung gegen den Diktator Berenguer. Auch der berühmte Ozeanflieger Major Franco tritt auf die Seite der Revolutinären und muß im Flugzeug entfliehen, als das Standrecht über die Landeshauptstadt im Dezember verhängt wird. Diese Monate der Unzufriedenheit und Opposition benutzten kommunistische Agitatoren, um das Ansehen der Monarchie zu untergraben. Noch einmal scheint im Februar König Alfons durch einen geschickten Schachzug seine Dynastie vor dem Sturz bewahren zu können, als er das Kabinett Berenguer zum Rücktritt veranlaßt. Es war dies aber nur die Schürzung des Knotens in dem Drama, das seinen Schlußakt Anfang April erleben sollte, da dort die Gemeindevahlen nahezu 98 % republikanische Stimmen aufwiesen!

Am 14. April flieht die königliche Familie nach Frankreich, nachdem König Alfons öffentlich auf Thron und Rechte Verzicht geleistet hatte. Fürwahr, ein großer Unbann des spanischen Volkes seinem regierenden Herrscher gegenüber, der es so geschickt verstanden hatte, Land und Volk vor den Schrecken des Weltkrieges zu bewahren.

Die nunmehr folgenden Begebenheiten, die Brandschakung öffentlicher Gebäude, die Plünderung und Vernichtung zahlreicher Klöster und Kirchen sind ein schlagender Beweis für kommunistische Heze und die unseligen, kulturzerstörenden Auswirkungen des Bolschewismus selbst. —

Während die Republik Spanien noch unter den Zuckungen des Aufruhrs leidet, und auch bis zur Stunde die eigentliche Lage noch nicht geklärt ist, will der Kalendermann einen großen Sprung machen und nach dem Nordosten Europas blicken, nach dem Brandherd und Hauptstich kommunistischer Heze: nach Sowjet-Rußland.

In diesem Lande des „Heils“, in dem „Paradies der Gleichberechtigung“ sieht es trotz Fünfjahresplan und trotz der nahezu erschöpflichen Mittel des Bodenreichtums immer bedenklicher aus. Zwar halten die Machthaber die immer lauter werdenden Rufe der Unzufriedenheit durch drakonische Blutgerichte immer noch zurück. Der Verschärfung der Lebensmittelnote jedoch kann ebensowenig durch Heran-

ziehung und Inanspruchnahme von Militärbäckereien Einhalt geboten werden, wie eine starke Zensur die Nachrichten von Streikunruhen unterdrücken kann. Trotzdem entzieht man lustig weiter die Frau der Familie und treibt eine kostspielige Propaganda für weibliche Soldaten, die Seite an Seite mit den Sowjettruppen ausgebildet werden, und während schließlich sogar die Erwerbslosenunterstützung eingestellt werden muß, verpflichtet man Kinder, um das „Kriegshandwerk zu studieren“.

Dies alles hindert aber die Sowjetführer nicht, unzählige Gelder für ihre Weltpropaganda auszuwerfen. Und wenn auch der gefürchtete Diktator Stalin mit einemmale sich für die Heranziehung und Gleichberechtigung von Gelehrten mit dem eigentlichen Proletariat einsetzt und damit dadurch seinen bisherigen Kurs auf fallend ändert, so scheint es dem Kalendermann doch schon zu spät hierzu. Das Mißtrauen der übrigen Welt gegen die Sowjets, die mit Werkspionage und Bestechung fröhlich weiterarbeiten, ist nicht mehr zu beseitigen, zumal die Früchte ihrer trüben Tätigkeit jetzt in Spanien erneut gezeitigt worden sind.

Außerdem liegen die blutigen Ereignisse in China, bei denen Sowjet-Rußland viel zu aktiv beteiligt ist, noch nicht einmal ein Jahr zurück. Ja, selbst in diesem Jahre zeigte sich am deutlichsten in der Provinz Kansu die Folgen des kommunistischen Einflusses, da dort allein 250 000 Menschen ein Opfer der ewigen Bändenkämpfe geworden sind.

Der Bürgerkrieg in China ist überwiegend zu Lasten der Sowjets zu buchen und lediglich die Entsendung von 43 amerikanischen und europäischen Kriegsschiffen verhinderte blutige Übergriffe auf die in Hankau ansässigen Europäer.

Und im fernen Osten, in Indien, das England durch Gandhi so manche bittere Pille verabreichte, schürt der Kommunismus langsam das Feuer der Unzufriedenheit. Wer weiß, wie es mit der Machtstellung des englischen Reiches beschaffen wäre, wenn Mohamedaner und Bramihanen nicht so feindliche Brüder wären.

Denn auch in Afghanistan, der Pforte zum Hinterlande Indiens, wurde ein kleiner Aufstand inszeniert, der sich gegen den König und damit indirekt gegen England selbst wandte.

Da der Kalendermann nun doch einmal sich bei den einzelnen Staatswirren befindet, so will er an dieser Stelle gleich hinüber über den Ozean schauen, nach den Staaten, in denen

politische Machtgelüste ebenso Tradition geworden sind wie die alljährlichen Revolutionen.

Columbien erhält einen neuen Präsidenten, den bisherigen Gesandten in den Vereinigten Staaten, M. O. Herrera.

Argentinien tut es diesmal nicht unter einem gewaltsamen Umsturz, der seinen Ausgangspunkt in Buenos Aires hat. Das Militär und die im Hafen liegenden Kriegsschiffe zwingen den endgültigen Rücktritt des Präsidenten Frigoyen, nachdem General Uriburu mit der Beschließung des Regierungspalastes gedroht hat. Die Namen dieser beiden Männer werden mit der Geschichte Deutschlands im Zusammenhang mit dem Weltkrieg immer verbunden sein. War es doch tatsächlich Präsident Frigoyen, der während des Krieges alle Bestechungsgelder, die ihm die Entente anbot, ausgeschlagen hatte und sich nicht bewegen ließ, Deutschland den Krieg zu erklären. Eine Unterstützung fand er auch in seinem jetzigen Gegner Uriburu, der in Potsdam i. Zt. als Militärattaché lange weilte und die argentinische Truppe nach deutschem Vorbild reorganisierte.

Etwas unangenehmer, wenigstens durch einen groben Uebergriff gestaltete sich die Revolution, die Brasilien im Oktober vom Stapel ließ. Ebenfalls lag auch hier der Grund in dem Streit um die Präsidentschaft, wobei allerdings der Rückgang der Ausfuhr und das Sinken der Kaffeepreise mit ausschlaggebend war. Daß hierbei der deutsche Hapagdampfer „Baden“ beim Verlassen des Hafens von Rio de Janeiro völkerrechtswidrig beschossen wurde, war ein bedauerlicher Uebergriff, der auch nicht durch die bestehende Nervosität entschuldbar war, zumal auf diesem Dampfer die Opfer von 20 Toten und 35 Verletzten zu bedauern war. —

Doch wieder zurück nach Europa. Viel ist hierbei nicht mehr zu erwähnen, da die deutsche Außenpolitik und die gesamten Weltinteressen alle so miteinander verquickt sind, daß es genügt, wenn der Kalendermann eingangs seiner Betrachtungen den einzelnen Konferenzen in Berlin, Paris und London einen größeren Platz einräumte. Da wäre nur noch von Belgien kurz zu berichten, daß dort zu wiederholten malen im Maastal plötzliche Giftnebel auftraten, über deren Ursprung sich die „Gelehrten die Köpfe zerbrachen“, da diese Giftschwaden totbringend für Mensch und Tier gewesen waren. Wenn der Kalendermann von den Gelehrten eben sprach, vergaß er zu erwähnen, daß es sich natürlich um belgische Wissenschaftler ge-

handelt hat; denn im übrigen Europa war man sich ohne weiteres darüber klar, daß es sich um ganz schwere Giftgase hierbei gehandelt hat, daß also auch Belgien nach wie vor mit der modernen Kriegsführung Schritt hält.

Der Dritte im Bunde gegen Deutschland, der Bernegroß, der nur unter dem Schutze Frankreichs einigermaßen lebensfähig geworden ist, Polen, konnte es auch nicht unterlassen, ein herausforderndes Benehmen an den Tag zu legen und die deutschen Hoheitsrechte zu verletzen, wo er nur konnte. Als gar am 30. August die Auflösung des polnischen Parlaments erfolgte, setzte während der Wahlkampagne ein Terror gegen die deutsche Wählerschaft ein, der sich unter den Augen der Polizeibehörde, ja sogar unter Mitwirkung der Polizeiorgane grausam abspielte! Viel nützte es nicht, daß durch Dr. Curtius vor dem Völkerbunde in Genf eine Protestnote überreicht wurde. Einige offizielle Entschuldigung, einige öffentlich rügende Worte — und die Angelegenheit war ad acta gelegt worden, während der Pole nach wie vor weiter provoziert und Millionen und Abermillionen für militärische Zwecke auswirft.

Litauen, das seinen Diktator Woldemaras schon vor vielen Monaten des Amtes entsetzte und aus Romno deportieren ließ, macht ihm in diesen Tagen einen Hochverratsprozeß, auf dessen Ausgang man allgemein gespannt ist, da er unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse erfolgt.

Bleibt noch Dänemark, Norwegen und die Schweiz, von denen der Kalendermann nur berichten kann, daß in Kopenhagen ebenfalls die alte Abneigung gegen Deutschland zum Durchbruch kam, indem ein Boykott deutscher Waren stattfand; daß Christiania, d. h. König Hakon am 11. Juli Ostgrönland besetzte, ein Schritt, der gerade bei den Dänen große Empörung hervorrief; daß in Bern zum Bundespräsidenten für das laufende Jahr der Bundesrat Häberlin gewählt wurde. Dabei fällt dem Kalendermann noch ein, daß die Schweiz den deutschen Kapitalsflüchtigen eine unangenehme Ueberraschung bereitete, als sie einen großen Teil der bei ihren Banken angelegten deutschen Gelder zwar auf ihre Konten, aber in Deutschland selbst bei deutschen Großbanken wieder aufschreiben ließ, jedoch auf eigene Gefahr und Risiko der deutschen Einzahler. —

Im Vatikan, der im vorgangenen Jahre auf Initiative Mussolinis plötzlich eine weltpolitische Bedeutung wieder erhalten hatte, war

es ruhig. Lediglich die Eröffnung eines eigenen Bahnhofes und eines Kurzwellensenders, gebaut vom Grafen Marconi, sind besonders hervorzuheben, wie auch das historische Moment der ersten Rundfunkrede des Papstes an die Welt. Zu verschiedenen Zwischenfällen, die mittels diplomatischer Beziehungen und Noten ausgeglichen worden waren, kam es, als der Faschismus die Auflösung nichtfaszistischer Verbände verfügte, ein Schachzug, der sich in der Hauptsache gegen die katholischen Jugendverbände richtete. Pius XI. wandte sich Anfang Juni in sehr scharfer Form gegen diese Auflösung, da die Katholische Aktion unter dem Schutze eines Staatsvertrages stehe und immer und überall sein Gebot, keine Politik zu treiben, befolgt worden sei. Die bedauerlichen Uebergriffe der papstfeindlichen Demonstranten veranlaßten den Vatikan, der italienischen Regierung eine Note zu überreichen, in der der Einbruch in kirchenstaatliches Gebiet gerichtlich bestraft werden sollte. Mussolini übergab etwa 14 Tage später dem Hl. Stuhl die Antwortnote der italienischen Regierung, in der betont wurde, daß über die Vorgänge eine Untersuchung eingeleitet worden sei, die sich noch im Gang befinde. —

Die Freunde des Kalendermannes haben aus den vorausgegangenen Abhandlungen gesehen, daß jetzt 13 Jahre nach dem Kriegsende die Weltverhältnisse weit verworrener aussehen als wie in den Tagen des November 1918 und der Wilson'schen 14 Punkte, die ja leider nie eingehalten worden sind. Sie müssen aber aus der ganzen Entwicklung der politischen internationalen Lage, der Weltwirtschaftskrise so viel erkannt haben, welsch wichtiger Faktor Deutschland immer noch bedeutet, da ein krankendes deutsches Reich gleichbedeutend ist mit einer nicht gesunden übrigen internationalen Industrie und Wirtschaft.

Und bewunderungswert für den deutschen Lebens- und Wiedergesundungswillen ist doch vor allem die deutsche Wissenschaft und Technik, die trotz sämtlicher Schwierigkeiten unentwegt bahnbrechend vorangeht.

Vor allem auf dem Gebiete des Luftfahrtwesens sind es neben den alten Pionieren junge Kräfte, deren Leistungen überragend sind. Kaum, daß Do X sich auf Fernflügen bewährt, startet erstmalig G 38, das Junkers-Riesenlandflugzeug, und während der Widerhall allgemeiner Anerkennung laut wird, führt Professor Junkers eine Maschine mit Schwerölflugzeug-

motor vor, eine neue Höchstleistung, die einer Revolution bei der Luftfahrtindustrie gleichkommt. Die vielen Opfer, die die Bezwingung des Ozeans gefordert hat, scheinen nicht umsonst gewesen zu sein, da sich in diesem Jahre die Meldungen von einer gegliückten Ueberquerung immer mehr häuften. Aber auch von den weiblichen Piloten wurden ganz beachtliche Leistungen an den Tag gelegt. Hier ist es Elli Behnhorn, die als Frau ganz allein einen gefährlichen Afrikaflug mit allen Lücken des Schicksals mutig durchgeführt und vollendet hat.

Auf dem Wasser selbst fand ein stiller Zweikampf statt zwischen den ehrgeizigen Engländern und den deutschen Vertretern. Die überholte Mauritianer sollte das Blaue Band, das die Europa im vergangenen Jahre in Besitz genommen hat, dem Union Jack zurückzuerobern. Vergeblich. Obgleich sie $\frac{1}{4}$ Stunde vor dem Lloyd-Dampfer Cherbourg verlassen hat, wirft die Bremen wiederum 7 Stunden vorher Anker in den amerikanischen Festengewässern! —

Ein Wunder deutscher Technik und deutschen Ingenieurgeistes wurde aber der f. Zt. innaenpolitisch so sehr umstrittene Panzerkreuzer A. Ihn taufte anlässlich seines Stapellaufes der Reichspräsident von Hindenburg am 19. Mai mit den Worten: „Du sollst Deutschland heißen. Möge diese „Deutschland“ Symbol werden für eine gänzliche Gefundung unseres Vaterlandes.“

Die vielen hervorragenden Leistungen des „Graf Zeppelin“ haben uns fast verwöhnt. Als selbstverständlich wurden die zahlreichen großen Ueberlandflüge des Luftriesen angesprochen. Ganz bewundernswert jedoch war die Gewandigkeit, mit der das Luftschiff seine Ark-

tisfahrt durchführte, als es sich auf die verabredete Minute mit dem russischen Eisbrecher „Malugin“ im nördlichen Eismee traf. Was monate-jahrelange kühne Forschertätigkeit nicht erreichen konnte, wurde hier binnen weniger Stunden zum Ereignis: die genaue Erforschung unerschlossener Quadratmeilen umfassender Gebiete! Dabei müssen wir noch einmal schmerzlichen der Fahrt der „Italia“ gedenken und der kühnen Männer, die ein Opfer des Forschergeistes und der Kameradschaft geworden waren, da General Nobile selbst an Bord des „Graf Zeppelin“ seinen verunglückten Landsleuten und dem verschollenen Amundsen eine schmerzliche Geste der Ehrerbietung darbringen wollte.



Englands „R 101“ brennend abgestürzt

Bei dieser kühnen Leistung muß der Kalendermann aber von einem Unglücksfalle berichten, der ihn ähnlich anmutet, wie seinerzeit der Untergang des englischen Ozeanriesen „Titanic“, die wohl ebenso ein Opfer unverantwortlichen britischen Ehrgeizes geworden war, wie das größte Luftschiff der Welt „R 101“, das im Oktober trotz bekannter technischer Mängel die Leistungen der deutschen Luftschiffahrt überbieten sollte.

Bereits im Juli war der englische Luftriesen zu einem

Transozeanflug nach Kanada gestartet und konnte am 1. August in Montreal am Ankermaße befestigt werden. Dabei fielen die großsprecherischen Worte durch Sir Denningstoun Burney: „Die englische wie die kanadische Regierung müssen sofort Maßnahmen ergreifen, um die Beherrschung des Ozeans durch englische Luftschiffe sicher zu stellen.“ Noch einmal überquerte „R 101“ das Meer, dann trat er am Abend des 4. Oktober mit 58 Personen an Bord seine letzte Fahrt an, die ihn

zunächst nach Aegypten führen sollte. Um 2.30 Uhr morgens sah ein berüchtigter französischer Wilderer ungefähr 60 Kilometer südlich Paris bei Beauvais den Luftriesen außerordentlich nieder fliegen und gegen mächtige Sturmböen ankämpfen. Dann erfolgte ein dumpfer Aufstoß, eine gewaltige Explosionsgarbe, und der Stolz Großbritanniens verbrannte zu einem Rest zusammenschmolzener Gerüstteile. Mit ihm nahezu die gesamte Besatzung, unter der sich der englische Luftfahrtminister Lord Thomson befand. Nur 8 mit Brandwunden überdeckte Menschen, aus deren Mitte der unerbittliche Tod ein weiteres Opfer forderte, konnten wie durch ein Wunder gerettet werden: „R 101“ bestand nicht mehr! —

Mehr vom Glück begünstigt war eine andere Forscherthat des unternehmenden Schweizer Gelehrten Piccard, der nach vergeblichem ersten Versuche mit einem deutschen Riesenballon in Augsburg aufstieg, um nach bängigen Stunden von seinem Stratosphärenflug im Ortlergebiet auf Gletschereis glücklich zu landen, mit einer Ausbeute wichtigster Ergebnisse aus bisher unbekanntem Höhenlagen von 16000 Metern. Sonst aber forderte die Luftfahrt unerbittlich viele Opfer, indem da und dort Zusammenstöße bei Luftmanövern oder bedauerliche Abstürze selbst großer Verkehrsflugzeuge eine zeitlang nahezu auf der Tagesordnung der Unfallschronik standen.

Noch schrecklicher war eine Erdbebenreihe, die bald in Neapel nahezu 2000, in Arcona viele, in Japan Hunderte, in Nicaragua 2500 Opfer erheischte.

In Smyrna und Lyon waren Erdstürze die Folge eines längeren Unwetters. Auch hier war die Zahl der Toten ganz bedeutend. —

Forderten die Elemente so ihren Tribut, so konnte das Meer nicht zurückstehen. Im Verein mit gewaltigen Stürmen vernichtete es an der Loire-Mündung den französischen Bergnützungsdampfer „St. Philibert“ und zog 500 Menschen hinunter ins feuchte Grab.

Schwer betroffen wurde ebenfalls der deutsche Bergbau. Von Massengrab zu Massengrab ging es binnen weniger Tage, als bei Aachen ein Grubenunglück 258 Menschen vernichtete, und als während deren Beisezung eine Schlagwetterexplosion in Saarbrücken 93 Bergleute unter Tag behielt.

Einen unersehlichen Verlust erlitt die deutsche Kunst durch den Riesenbrand des Münchener

Glaspalastes. Ein Verlust der nahezu die gesamte Vernichtung der deutschen Romantiker mit sich brachte, darunter gerade die wertvollsten Gemälde, wie Moritz von Schwind's „Ritter Kurts Brautfahrt“; gleichzeitig wurden aber auch die Lebenswerke vieler gegenwärtiger Künstler ein Opfer der Feuersbrunst, die tränenenden Auges machtlos vor den Trümmerstätten sich einsanden. Dieser Verlust ist in der heutigen Zeit, da die wahre Kunst so selten geworden ist, um so schmerzlicher. —

Am 8. August wurde in Bayreuth ein Mann beigelegt, dessen Name und Wirken mit dem Schaffen seines großen Vaters ewig verknüpft sein wird: Siegfried Wagner. Zum ersten Male fanden die diesjährigen Festspiele ohne den Meister statt, doch werden sie, so lange noch ein Kunststempel vorhanden sein wird, den unsterblichen Namen Richards und Siegfried Wagners weiter tragen.

Auch sonst hat der Tod große Lücken bedeutenden Menschen von Namen und Klang, von Männern des Verdienstes gerissen.

An anderer Stelle gedachte der Kalendermann bereits des Prälaten Dr. Josef Schofer. Ihm ging wenige Wochen in den Tod ebenfalls ein badischer Politiker, der von 1912 bis 1918 ununterbrochen im Parteileben stand, voraus: Dr. Ludwig Haas, M. d. R., der kurz nach dem Zusammenbruch des Krieges als demokratischer Staatsrat ordnungschaffend und zur Ruhe gemahnend in Baden gewirkt hatte.

Am 20. März verschied der ehemalige Reichskanzler Herman Müller, nachdem er sich kurz zuvor einer schweren Operation unterziehen mußte. Auch der Alterspräsident des Reichstages, Landesökonomierat Dr. h. c. Karl Herold, der Ehrenvorsitzende der Zentrumspartei, wurde in die Ewigkeit abberufen, während die deutsche Diplomatie durch den Heimgang des Nachkriegsbotschafters in London, Dr. Sthamer, im Juli, und durch das überraschende Ableben des deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Kaufcher, im Dezember des vorigen Jahres unersehliche Verluste erlitten hat.

Zwei Pioniere der Luftfahrt, mit deren Namen die Entwicklung des deutschen Flugwesens immer verknüpft sein wird, wurden Opfer ihrer Pflichterfüllung: die beiden Vorkriegsflieger Guether Plüschow, der „Flieger von Tsingtau“, und Erich Offermann. Der

